



Ausstellungseröffnung
"Einige waren Nachbarn"
am 31.01.2020 in Münster

31.01.2020

Seite 1/3

Regierungspräsidentin

Dorothee Feller

Telefon 0251/411-1000

Sehr geehrte Frau Leutheusser-Schnarrenberger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Markus,
sehr geehrter Herr Fehr,
sehr geehrter Herr Dr. Spieker,
sehr geehrte Frau Frankenthal,
sehr geehrter Herr Prof. Kenkmann,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

herzlich willkommen hier in der Bürgerhalle der Bezirksregierung
Münster.

Ganz besonders begrüße ich unsere ausländischen Gäste: General-
konsulin Fiona Evans und Sarah Bloomfield, die Leiterin des United
States Holocaust Memorial Museum in Washington D.C.

Welcome! I am glad that you came to Münster today.

Ich freue mich sehr, dass die Villa ten Hompel, die Stadt Münster für
die Ausstellung „Einige waren Nachbarn“ die Bürgerhalle unserer Be-
hörde als Ausstellungsort ausgesucht hat.

In den letzten Tagen sehen wir viele – sehr unterschiedliche – Men-
schen vor den Ausstellungstafeln stehen. Insbesondere freue ich mich
über die wirklich vielen Schulklassen, die sich hier mit der Ausstellung
befassen.

Ihnen allen ist eines gemeinsam, wenn Sie vor den Ausstellungstafeln
stehen: Sie sind entsetzt, beschämt und fassungslos.

Wie konnte es so weit kommen? Wie konnten die Menschen damals
tatenlos dabei zusehen, wie ihre Nachbarn, ihre Kollegen, ihre
Freunde, gedemütigt, deportiert und getötet wurden? Warum ist kein
Aufschrei der Empörung durch das Land gegangen? Warum sind die

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

Telefon: 0251/411- 0

Telefax: 0251/411- 82525

www.brms.nrw.de

_für die Region



Menschen nicht auf die Straßen gegangen und haben gegen die systematische und menschenverachtende Vernichtung eines Volkes demonstriert?

Es sind so viele Fragen, die uns noch heute fassungslos zurücklassen.

Dies gilt auch für die Geschichte dieser Behörde. Vor gut 10 Jahren haben wir als Behörde eine wissenschaftliche Ausarbeitung über die Rolle der Bezirksregierung in der NS – Zeit unter der Leitung von Prof. Dr. Thamer an der Westfälischen Wilhelms Universität in Auftrag gegeben. Die wissenschaftliche Arbeit unter dem Titel „Verwaltung in Diktatur und Demokratie“ kommt unter anderem zu dem Schluss: „Für das Verwaltungshandeln (der Regierung) in Münster lässt sich zusammenfassend feststellen, dass sie sich auch hinsichtlich der Judenverfolgung in den Dienst des NS-Unrechtsregimes stellte.“ Und weiter heißt es: „Mit der Verkündung der Nürnberger Gesetze 1935 ging die Verschärfung antisemitischer Maßnahmen von den politischen Machtzentren aus. Gleichwohl blieb der Beitrag der Verwaltung unverzichtbar für die Durchführung der Ausgrenzung der Juden bis hin zum Genozid.“ Ferner kommt die Arbeit zu der Einschätzung, dass die Regierung in Münster mit antisemitischen Parteifunktionären durchgesetzt war und zu einer reibungslosen Umsetzung der Judenverfolgung beigetragen hat.

Diese Feststellungen sind beschämend und machen mich als derzeitige Leiterin der Behörde zutiefst betroffen. Wir haben uns damals in der Behörde unter der Leitung des damaligen Regierungspräsidenten Dr. Paziorek intensiv mit dem Ergebnis auseinandergesetzt und als äußeres Zeichen die Porträtaufnahmen der NS-Regierungspräsidenten aus unserer Ahnengalerie für immer entfernt und an deren Stelle Ihre Namen mit dem Hinweis auf Ihre Mitgliedschaft in der NSDAP aufgehängt.

Die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime ist gerade in der aktuellen Zeit so zwingend wie nie zuvor. Denn wir müssen mit Entsetzen feststellen, dass sich ein Teil der Geschichte bereits wiederholt.

Die antisemitischen Äußerungen in unserem Land nehmen wieder zu. In sozialen Medien und Onlineforen werden entsprechende Beiträge immer radikaler. Diese Entwicklung in der digitalen Welt spiegelt sich in tätlichen Übergriffen und Anschlägen in der realen Welt wieder – trauriges Beispiel hierfür ist der Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober des vergangenen Jahres.



Wir alle müssen wachsam sein. Wachsam sein auch für die kleinen Dinge – für eine abfällige Bemerkung, eine Beleidigung, einen üblen Scherz. Begebenheiten, die vermeintlich unwesentlich sind und doch im Ganzen den Nährstoff bilden für eine antisemitische Entwicklung. Erst sind es nur Wörter, doch dann erwachsen Taten daraus, zunächst schleichend, dann wachsend.

Es ist besorgniserregend, in welcher Tonlage wir mittlerweile in unserem Land debattieren. Wörter, die mir in meiner Kinderstube verboten wurden, sind salonfähig geworden. Mit welchen Wörtern wir jedoch in unserer Gesellschaft Gespräche führen, das ist etwas, auf das jede und jeder Einzelne von uns Einfluss hat. Wir alle prägen das Debattenklima in unserem Land! Seien wir daher wachsam und zeigen wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürger die rote Karte, wenn die Grenze des Anstandes überschritten wird.

Wir müssen mutig sein, aufstehen und jeglicher Form der Verletzung von Menschenrechten entgegenzutreten. Und wir müssen für unsere Rechtsstaatlichkeit und für unsere Demokratie eintreten – beides Grundwerte, um die uns viele Länder beneiden und die wir uns nie wieder nehmen lassen dürfen!

Die Ausstellung führt uns vor Augen, dass die gesellschaftliche Verantwortung bei jedem Einzelnen von uns liegt. Es gibt keine Ausreden und keine Rechtfertigungen, um sich dieser Verantwortung zu entziehen.

Vielen Dank!